

ITA

INFO-TÜRK AJANSI  
AGENCE INFO-TÜRK  
INFO-TÜRK AGENTUR

# BÜLTEN BULLETIN

MONATLICHES INFORMATIONSBLETT  
Verleger: COODIFF - Square Ch.  
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel  
Tel: 00-32-2- 230 34 72 BELGIEN

Nachdruck von Artikeln unter  
Quellengabe INFO-TÜRK erlaubt

3. Jg. - Dezember 1978  
Allg. Ausg. Nr. 77  
Deutsche Ausgabe Nr. 2  
Preis 1,50 DM  
Jahresabonnement 15,00 DM

DAS HERAUSGEBERKOLLEGIUM DER INFO-TÜRK  
AGENTUR WUNSCHT ALLEN LESERN EIN  
GLOCKLICHES UND ERFOLGREICHES JAHR 1979.

## 1978: EIN JAHR DES BESCHLEUNIGTEN ANWACHSENS DES FASCHISMUS IN DER TÜRKEI

ANKARA (ITA) - Das türkische Volk hatte gegen Ende des letzten Jahres trotz des Anwachsens von faschistischem Terror, trotz steigender Inflation und mangelnder wirtschaftlicher Stabilität mit großen Erwartungen auf die neue sozialdemokratische Regierung unter Bülent Ecevit geschaut und gehofft, daß sie in der Lage wäre, die zahlreichen Probleme zu lösen, die sich während der vierjährigen rechten Koalitionsregierung der gestürzten "Nationalen Front" angehäuft hatten.

Doch leider sind die Massen nach einem Jahr sozialdemokratischer Regierung stark enttäuscht, weil Ecevit bisher keines seiner Wahlversprechen eingelöst hat.

Nach elf Monaten Ecevit-Regierung ist die Türkei sogar weiter denn je von einer Lösung ihrer Probleme entfernt: der faschistische Terror hat stark zugenommen, die Preissteigerungen haben Rekordhöhen erreicht, die türkische Abhängigkeit vom Imperialismus ist weiter gewachsen.

Die folgende Bilanz der letzten elf Monate sozialdemokratischer Regierung zeigt die Gründe für die Enttäuschung der arbeitenden Bevölkerung über die Republikanische Volkspartei (CHP) auf:

V.I.S.d.P. : Eveline Paula Krampfert

1. Die Gesamtzahl der Opfer politischer Gewalt betrug während der letzten elf Monate 738, gegenüber 446 während der 32-monatigen Regierungszeit der "Nationalen Front". Die politischen Gewalttaten werden offensichtlich von "dunklen Kräften" im rechten Lager provoziert und verübt. Ihr Ziel ist es, die Streitkräfte zur Machtübernahme und zur Errichtung eines neuen diktatorischen Regimes anzureizen. Bisher war die Regierung der sozialdemokratischen CHP nicht in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen diese dunklen Kräfte einzuleiten. Anstatt mit anderen fortschrittlichen Kräften im Land ein demokratisches Bündnis zur Bekämpfung der faschistischen Bedrohung einzugehen, nahm die Regierung eine versöhnliche Haltung gegenüber den Rechtskräften ein.

2. Darüber hinaus bereitet die Regierung nunmehr unter dem Vorwand der Bekämpfung politischer Gewalttaten einige Gesetze vor, die die Vereinigungsfreiheit einschränken sollen. Während die geheimen Aktivitäten der berüchtigten Anti-Guerilla Organisation, dem Kopf des politischen Terrors, weiter toleriert werden und die neofaschistischen Terrorkommandos der "Grauen Wölfe" nur halbherzig verfolgt werden, werden fortschrittliche Organisationen von den Regierungsbehörden verboten oder aufgelöst.

3. Trotz Ecevit's Versprechen, alle anti-demokratischen Gesetze aufzuheben, blieben auch unter seiner Regierung die faschistischen Artikel 141 und 142 des türkischen Strafrechts in Kraft, und fortschrittliche Bürger werden weiterhin wegen angeblicher "Verbreitung des Kommunismus" vor Gericht gestellt und verurteilt. Der Name "Kommunistische Partei" ist immer noch verboten: Damit ist die Türkei momentan das einzige europäische Land mit solchen anti-demokratischen Praktiken.

4. Die inflationäre Politik führte während der letzten elf Monate zu einem Anstieg der Konsumgüterpreise um etwa 100 Prozent. Obwohl Ecevit in seinem Regierungsprogramm eine unabhängige Wirtschafts- und Finanzpolitik angekündigt hatte, gab er dem Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) nach und wertete die türkische Lira drastisch ab, zunächst um 30 Prozent und später noch einige Male um kleinere Prozentsätze.

5. Die Auslandsverschuldung der Türkei stieg von 12,7 Mrd. Dollar vor einem Jahr auf zur Zeit 19 Mrd. Dollar. Anstatt die Militärausgaben zu senken und eine neutrale und friedliche Außenpolitik zu betreiben, die allein die nationale Sicherheit der Türkei gewährleisten könnte, verstärkte Ecevit die türkische Abhängigkeit von der NATO - eine Politik, die das türkische Volk mit großen Opfern bezahlen muß. Nachdem Ecevit neue Militärabkommen mit den USA geschlossen und die Wiedereröffnung amerikanischer Militärstützpunkte in der Türkei genehmigt hatte, kam er kürzlich auch der NATO-Forderung nach einem zusätzlichen Stützpunkt für die AWACS-Flugradars in der Provinz Konya nach. Ecevit scheint inzwischen tatsächlich sein vieldiskutiertes "Nationales Verteidigungskonzept" vergessen zu haben, das eine Beendigung der türkischen Abhängigkeit von den Militärblöcken vorsah.

Solange die Türkei unter der wirtschaftlichen und militärischen Vorherrschaft des amerikanischen Imperialismus steht, wird sie ihre ökonomischen und finanziellen Probleme nicht meistern und dem Vordringen der faschistischen Gefahr keinen wirksamen Einhalt gebieten können.

Angesichts der hier genannten Kritikpunkte hat die Partei Ecevit's ihr Vertrauenskapital bei breiten Bevölkerungskreisen verspielt, und die enttäuschten Massen suchen verstärkt nach Alternativen, die einen Weg aus der Krise weisen.

Dies wird im kommenden Jahr mit Sicherheit zu einem weiteren Anwachsen der faschistischen Kräfte, aber andererseits auch zu einer Stärkung der sozialistischen Bewegung führen. Die Law-and-Order-Parolen der Faschisten werden ihre Wirkung auf verzweifelnde und ratlose Bevölkerungsgruppen nicht verfehlen und der Nationalen Bewegungspartei (MHP) weitere Anhänger einbringen. Dies ist eine große Gefahr für die Zukunft der Türkei. Dennoch wird die Klasse der Arbeiter und armen Bauern die Lösung der Krise in einer Stärkung der sozialistischen Bewegung sehen, und das kommende Jahr wird auch den Aufstieg einer sozialistischen Partei erleben.

Daraus folgt, daß der Klassenkampf in der Türkei sowohl im politischen als auch im sozialen und wirtschaftlichen Bereich größere Dimensionen annehmen wird. Dabei steht außer Zweifel, daß die sozialistische Bewegung die gegenwärtige Regierung immer dann kurzfristig unterstützen wird, wenn sie von den faschistischen Kräften bedroht wird, obwohl sich der langfristige Kampf auch gegen die versöhnliche Haltung der Sozialdemokraten gegenüber den Rechtskräften richtet und als Ziel eine sozialistische Gesellschaftsordnung in der Türkei hat.

OECD-BERICHT: "SCHWERE ZEITEN FÜR DIE TÜRKEI"

ANKARA (ITA) - Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlichte in diesen Tagen einen Bericht über die Türkei, in dem es heißt, dem Lande stünden noch schwere Zeiten bevor.

Der Bericht lautet:

"Das Stabilisierungsprogramm von Anfang 1978, das auch vom Internationalen Währungsfonds (IWF) unterstützt wurde, hat die Folgen der türkischen Wirtschaftskrise bereits in einem gewissen, seit vielen Jahren ungewohnten Maße gemildert. Dennoch blieb die Inflationsrate auf einem hohen Stand. Unter den gegebenen Umständen muß die restriktive Politik deswegen fortgesetzt werden. Eine der bedauerlichen Nebenwirkungen dieser Politik ist die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit - die, am europäischen Maßstab gemessen, bereits sehr hoch war - weiter gestiegen und die Kapazitätsauslastung der Industrie unter die Normalwerte gefallen ist. Bei der weiterhin bestehenden passiven Auslandshandelsbilanz - die immerhin um 1 Md. Dollar verbessert werden konnte - und wegen der Schwierigkeit, neue Handelskredite zu bekommen, läuft die Türkei Gefahr, in eine lange Rezessionsphase zu geraten. Es gibt Anzeichen dafür, daß sich der Mangel an Rohstoffen und Ersatzteilen, die eingeführt werden müssen, nachteilig auf den Export auswirken. Daher ist eine weitere Steigerung der Außenhandelskredite dringend notwendig.

Langfristig ist ein hohes Wirtschaftswachstum anzustreben, um die Beschäftigungsrate und den Lebensstandard zu heben. Dabei müssen unbedingt jede Mittelverschwendung eingedämmt und weitere Rationalisierungen unterstützt werden. Nur unter solchen Bedingungen und bei einem hohen Maße äußerer und innerer Finanzstabilität kann über längere Zeit eine hohe Wachstumsrate erzielt werden. Um dieses langfristige Wirtschaftswachstum in der Türkei zu erreichen, bedarf es politischer Kurskorrekturen, wie sie inzwischen von der türkischen Regierung vorgesehen bzw. eingeleitet wurden:

a) Größeres Vertrauen auf die Kräfte des Marktes im Rahmen wirtschaftlicher Grobplanung würde die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft erhöhen. Einer Vielzahl von Problemen kann nur mit einer neuen Politik begegnet werden: Bevölkerungswachstum, planlose Wanderungen vom Land in städtische Gebiete, hohe strukturelle Arbeitslosigkeit. Es wäre wichtig, in der Landwirtschaft durch Spezialisierung bessere Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten zu schaffen, besonders wären die Entwicklung einer modernen Viehproduktion, der Ausbau des Bewässerungssystems, eine regelmäßige Versorgung der Landwirtschaft mit Geräten und Krediten und ein besseres Marketing anzustreben. Die Wirtschaftsentwicklung ist wiederholt durch Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Inflation gestört worden.

b) Auch die Industrie muß sich stärker den Wettbewerbskräften des Marktes aussetzen.

c) Um eine hohe Investitionsrate zu erzielen, muß eine Sparförderungs- politik betrieben werden. Gleichzeitig könnte ein Ausbau des Kapitalmarktes die bisher mangelhafte Verteilung der verfügbaren Finanzmittel verbessern.

d) Die Staatseinnahmen müssen erhöht werden, damit die öffentlichen Ausgaben gedeckt bleiben.

e) Der Exportanteil der Wirtschaft muß wachsen. Dazu bedarf es ausreichender Exportanreize.

f) Direkte ausländische Investitionen sollten nicht nur als eine Möglichkeit für höhere Exporte begriffen werden, sondern auch als wichtiger Beitrag hinsichtlich der Einführung moderner Management-Methoden, neuer Qualifikationen und Technologien, woran es der türkischen Wirtschaft bisher stark fehlte.

Um die hier skizzierten Ziele zu erreichen, können eine Vielzahl politischer Schritte unternommen werden; eine Änderung gewisser Verwaltungsvorschriften und Gesetze bezüglich der Geschäftsführung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen mit dem Ziel, ihnen größere unternehmerische Freiheit zu geben, wäre eine Möglichkeit, eine weitere ist die Neuverteilung und Neubestimmung der Verantwortlichkeiten einzelner Regierungsstellen."

Tatsächlich schlägt der OECD-Bericht im wesentlichen Maßnahmen vor, die der Türkei bereits vom IWF und der Weltbank bei der Vergabe neuer Kredite auferlegt worden sind.

IWF FORDERT NEUE ABWERTUNG DER TORKISCHEN LIRA

ANKARA (ITA) - Vor der Bewilligung der dritten Rate eines 450-Mill.-Dollar Hilfskredites kam es zu schwierigen Verhandlungen zwischen der Türkei und dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Der IWF ist offensichtlich mit der Wirtschaftsentwicklung in der Türkei seit März 1978 "sehr unzufrieden". Im März hatte die Türkei ein zweijähriges Hilfskreditabkommen abschließen können.

Ähnliche Unzufriedenheit haben auch andere internationale Organisationen wie die OECD und die EG geäußert.

Während Ecevit als Belohnung für die Wiedereröffnung amerikanischer Militärstützpunkte auf wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung der Vereinigten Staaten wartete, bat er auch die EG um Wirtschaftshilfe in Höhe von 8,1 Md. Dollar über einen Zeitraum von fünf Jahren. Bei den Gesprächen mit Beamten der EG im Oktober dieses Jahres stellte die türkische Delegation fest, daß der gewünschte Betrag ein "bedeutender Teil" der 15,4 Md. Dollar sei, die die Türkei zur Erfüllung der Ziele ihres Fünfjahresplans benötigt.

Die EG-Beamten entgegneten, daß die EG einen solchen Kredit nicht vergeben könne, bevor er nicht von jedem einzelnen Mitgliedstaat befürwortet und genehmigt würde. Die EG-Staaten stellten daraufhin klar, daß ein solcher Kredit nur gewährt werden kann, wenn die Türkei den vom IWF auferlegten Forderungen nachkomme.

Die Hauptbedingung des IWF ist nunmehr eine erneute Abwertung der türkischen Lira um 40 Prozent. Politische und Wirtschaftskreise in Ankara gehen davon aus, daß die Regierung Ecevit nicht umhin kommen wird, diese Abwertung vorzunehmen, weil die IWF-Delegation in Ankara festgestellt hat, daß die erste Abwertung um 30 Prozent vom letzten März nicht die erwartete Wirkung gezeigt hat, da einige flankierende Maßnahmen nicht gründlich genug durchgeführt worden sind. Die Delegation erklärte, daß im Gegenteil wegen fehlender Preiskontrollen Schaden angerichtet wurde.

Die IWF-Delegation forderte auch eine Drosselung der Staatsausgaben und eine Erhöhung der Preise der staatlichen Unternehmen. Hinzu kommt die Forderung nach Lohnleitlinien und Einschränkung des Konsumbereichs in der Türkei.

Premierminister Ecevit bemerkte dazu, die Forderungen des IWF seien zu streng und ließen praktische und soziale Erwägungen völlig außer Acht. In einer Rede auf dem Parteitag seiner Republikanischen Volkspartei sagte er: "Einige unserer Freunde und gewisse internationale Finanzorganisationen verstehen offenbar nicht, daß die türkischen Wirtschaftsprobleme in direktem Zusammenhang mit unseren sozialen und politischen Schwierigkeiten stehen."

Dennoch zieht es Ecevit vor, seine Politik der Kooperation mit den imperialistischen Mächten fortzusetzen und weitere Zugeständnisse zu machen, um damit neue Kredite gewährt zu bekommen.

Erst kürzlich stimmte die Türkei im NATO-Ministerrat der Errichtung eines weiteren Militärstützpunktes für AWACS-Flugradar in der Provinz Konya zu. Als Gegenleistung schlug NATO-Generalsekretär Luns zusätzliche Wirtschaftshilfe für die Türkei und Portugal vor. Ob dieses Hilfsprogramm jedoch tatsächlich realisiert wird, hängt von der Zustimmung der einzelnen NATO-Mitgliedstaaten ab.

In Anbetracht der beträchtlichen Auslandsverschuldung und des großen Handelsbilanzdefizits wird der Regierung Ecevit nichts anderes übrigbleiben, als die Bedingungen des IWF zu akzeptieren, solange die Türkei ihre Abhängigkeit vom imperialistischen Wirtschaftssystem nicht aufzugeben bereit ist.

(C-DG-M-DN-15/ 12)

BESSERE ANLAGEMÖGLICHKEITEN FÜR AUSLANDSKAPITAL

Ankara (ITA) - Die gegenwärtigen türkischen Wirtschaftsplaner versuchen, ausländischem Privatkapital erleichterte Anlagemöglichkeiten zu verschaffen und brechen damit eine über 50-jährige Tradition.

Die türkische Regierung hofft, mit einer neuen "Rechtsverordnung über ausländische Investitionen", die vom Staatlichen Wirtschaftsplanungsamt entworfen wurde, private Anleger aus westlichen Ländern in den nächsten fünf Jahren zu Investitionen in Höhe von 1,2 Md. Dollar veranlassen zu können.

Nach offiziellen Zahlen betrug der Gesamtbetrag ausländischen Kapitals in der Türkei zu Beginn des Jahres etwa 100 Mill. Dollar. Dieses Kapital steckt anteilig in Unternehmen mit einem Gesamtkapital von 250 Mill. Dollar.

Die Schwerpunkte ausländischer Beteiligungen liegen in der Chemiebranche, in der Automobil-, Elektro- und Elektronikindustrie; insgesamt gibt es Auslandsbeteiligungen in 101 türkischen Unternehmen.

Während die französischen Kapitalanteile den höchsten Gesamtbetrag erreichen, ist westdeutsches Kapital auf eine größere Anzahl von Unternehmen verteilt. Das amerikanische Kapital steht unter beiden Gesichtspunkten an zweiter Stelle dicht hinter Frankreich bzw. der Bundesrepublik Deutschland.

(Vgl.: Statistical data on foreign investments in Turkey, BULLETIN Feb. 1977)

Der amerikanische Bevollmächtigte Ronald Spiers warnte Anfang des Jahres in einem Interview, daß die Türkei sich nicht über Kapitalmangel beklagen dürfe, wenn sie sich nicht ausländischen Investitionen und Firmen durch eine Liberalisierung der entsprechenden Bestimmungen öffnen würde.

Andererseits teilte das amerikanische Außenministerium der türkischen Regierung mit, daß eine Nationalisierung amerikanischer Investitionen in der Türkei ernste Folgen für die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten haben würde.

Der Leiter des Staatlichen Wirtschaftsplanungsamtes Bilsay Kuruç soll dazu kürzlich in einem Interview gesagt haben, daß die neuen Verordnungen erlassen worden seien, "um die neue realistische und positive Haltung der türkischen Regierung zur Frage ausländischer Investitionen klarzustellen".

(C-DN-DG-29/ 11)

#### NEUE TORKISCH-SOWJETISCHE HANDELS-UND KULTURABKOMMEN

MOSKAU (ITA) - Am 30. November 1978 unterzeichneten die Türkei und die Sowjetunion ein dreijähriges Handelsabkommen, das eine Steigerung des Warenaustausches zwischen beiden Ländern um das Zweieinhalbfache bis 1981 vorsieht.

Bei der Unterzeichnung sagte der türkische Minister Köprülüler, daß der türkisch-sowjetische Handel mit diesem Abkommen einen Umfang von 1,275 Mill. Dollar in den nächsten drei Jahren annehmen werde.

Schon im Oktober 1978 konnte während eines Besuchs des türkischen Kultusministers Ahmet Taner Kışlalı in der Sowjetunion ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit abgeschlossen werden. Das Abkommen sieht u.a. vor: gemeinsame Filmprojekte, sowjetische Unterstützung bei der Restauration historischer Schätze der Türkei, Bücheraustausch und Produktion türkischer Schallplatten in der Sowjetunion.

Im November konnte während eines Rumänien-Besuchs von Premierminister Ecevit ein türkisch-rumänisches Zusammenarbeitsprotokoll unterzeichnet werden. Das Protokoll sieht wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder auf den Gebieten Maschinenbau, Transport, Landwirtschaft, Tourismus und Problemen der Dritten Welt vor.

(C-M-DN-DG-15/ 12)

#### UNIVERSITÄTSPROFESSOR, KANDIDAT DER ARBEITERPARTEI, ERMORDET

ANKARA (ITA) - Ein weiterer Universitätsprofessor, Dr. Necdet Bulut, wurde Opfer des politischen Terrors in der Türkei. Damit steigt die Zahl der politischen Morde während der elf Monate der Regierung Ecevit auf 738.

Am 26. November wurde Professor Bulut, der Direktor des Fachbereichs Computertechnik der Technischen Universität, während einer Autofahrt nach Trabzon von unbekanntem Tätern überfallen. Dr. Bulut, der ein Kandidat der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) bei den Parlamentswahlen von 1977 war, geriet in einen Kugelhagel.

Seine Frau Neşe Bulut, die auch Mitglied des örtlichen Parteivorstandes ist, und sein Sohn erlitten ebenfalls Schußverletzungen.

Dr. Bulut starb nach zwei erfolglosen Operationen am 8. Dezember 1978 in Ankara im Krankenhaus.

Bekanntlich hatten faschistische Terroristen am 8./ 9. Oktober 1978 sieben Mitglieder derselben Partei in Ankara ermordet.

Anläßlich dieses weiteren Anschlags haben alle demokratischen Organisationen nochmals die unentschlossene Haltung der Regierung gegenüber den faschistischen Terrororganisationen kritisiert und sofortige wirksame Maßnahmen gefordert.

Es folgt eine Liste der 92 politischen Morde zwischen dem 17. November und dem 10. Dezember 1978:

17. Nov.: In Bursa stirbt der Student Hüseyin Sarbalkanli an Verletzungen aus einer Schlägerei im Krankenhaus.  
 In Istanbul wird der linke politische Gefangene Kazim Düzgünoglu von einem Zellengenossen, Mitglied der "Grauen Wölfe", erstochen.  
 In Adana wird der Oberschüler Ali Karakiz von einem Grauen Wolf erschossen.  
 In Diyarbakir stirbt Mehmet Alasta an Schußverletzungen im Krankenhaus.  
 In Istanbul wird der rechtsgerichtete Halil Sucu erschossen.  
 In Istanbul werden die linksgerichteten Studenten Muhsin Alkan und Aziz Çolak von Grauen Wölfen erschossen.  
 In Istanbul wird Gürsel Bakir erschossen.
18. Nov.: In Adana stirbt der linksgerichtete Suphi Bakir, nachdem Graue Wölfe auf ihn geschossen hatten, an seinen Verletzungen im Krankenhaus.  
 In Ankara wird die Leiche des Muharrem Ertürk mit Kugeleinschüssen am Kopf gefunden.  
 In Istanbul wird der rechtsgerichtete Yaşar Canikligil in einem Cafe erschossen.  
 In Istanbul wird der Führer einer bewaffneten Linksgruppe, Metin Yildirimtürk, tot in einem Haus aufgefunden.
19. Nov.: In Istanbul wird der linksgerichtete Nurrettin Altayli tot aufgefunden.  
 In Ankara wird der Student Pamir Bayram von Grauen Wölfen erschossen.
20. Nov.: In Urfa wird der Student Ramazan Çiyak bei einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen zwei rivalisierenden politischen Gruppen erschossen.  
 In Ankara wird der Ingenieur Necip Altinok, der in Verbindung mit der Anti-Guerilla Organisation stand, von unbekanntem Tätern erschossen.  
 In Istanbul sterben der Zimmermann Ramazan Östün und der Arbeiter Yadigar Eker nach einem Feuerüberfall unbekannter Täter auf ein Cafe.
21. Nov.: In Adana wird der Arbeiter Hüseyin Bilir von Grauen Wölfen erschossen.  
 In Diyarbakir wird der Lehrer Musa Akin auf dem Weg zur Schule erschossen.  
 In Mersin wird eine unbekannte Person tot aufgefunden.
22. Nov.: Im Stadtgefängnis von Tekirdag wird der linke Gefangene Nurettin Karahan von einem rechten Häftling ermordet.  
 In Siverek wird der Landwirtschaftsingenieur Ferit Uzun von politischen Gegnern erschossen.  
 In Istanbul wird der linksgerichtete Ingenieur Kenan Öztürk in seinem Büro von unbekanntem Tätern überfallen und erschossen.  
 In Istanbul wird der Herausgeber der Tageszeitung "Politika" Ali Ihsan Özgür von rechtsgerichteten Tätern zu Tode gefoltert; seine Leiche findet man in einem gestohlenen Wagen.
24. Nov.: In Ankara stirbt der Student Özcan Turgut im Krankenhaus an Verletzungen aus einem Überfall von Grauen Wölfen.
25. Nov.: In Bingöl wird Hasan Sevim, ein Anhänger der Republikanischen Volkspartei, von rechtsgerichteten Tätern mit einer Maschinenpistole erschossen.  
 In Kazan wird der 14-jährige Auszubildende Gürsel Taşyürek erschossen, als er als Unbeteiligter in eine bewaffnete Auseinandersetzung zweier politischer Gruppen gerät.
26. Nov.: In Samsun wird der rechtsgerichtete Student Metin Yeşilirmak von einem anderen rechtsgerichteten Studenten während eines Streitgesprächs erschossen.  
 In Gaziantep wird der Student Necati Ökçe von Grauen Wölfen erschossen, weil er beteuerte, er sei weder rechts noch links.  
 In Istanbul wird der Arbeiter Mustafa Kocaibrahimoglu während eines Zusammenstoßes zwischen Polizei und Jugendlichen erschossen.  
 In Istanbul wird der Student Mithat Kandemir von Grauen Wölfen erschossen, als er linke Plakate ankleben will.



- In Istanbul wird der Polizist Ali Riza Beydilli erschossen. Ein Kollege, Hikmet Çavdaroglu, wird bei einem Überfall schwer verletzt; er stirbt am nächsten Tag im Krankenhaus.
27. Nov.: In Elbistan wird der 45-jährige Bauer Güzel Dogan von Grauen Wölfen erschossen.  
In Adana wird der Ingenieur Ibrahim Özsoy von Grauen Wölfen erschossen.
28. Nov.: In Erzincan stirbt die 45-jährige Hausfrau Fadime Yilmaz an den Folgen einer Bombenexplosion vor ihrem Haus.  
In Ankara wird Yener Demirel von rechtsgerichteten Tätern erschossen.  
In Ankara wird Veysel Yilmaz erschossen aufgefunden.
29. Nov.: In Urfa werden innerhalb von zwei Stunden vier Personen erschossen: Zwei von ihnen, Yaşar Mahat und Mustafa Mahat, gehören zum rechten Lager, die beiden anderen, Serdar Ercan und Ömer Binici, zum linken.  
In Adana wird der Polizist Ergün San von zwei Männern erschossen, als er versucht, sie am Verteilen linksgerichteter Flugblätter zu hindern.  
In Eskişehir wird die Leiche des 16-jährigen Nedim Akgün in einem Fluß gefunden. Die Polizei sagt, daß er etwa einen Monat zuvor an Folterungen von rechtsgerichteten Tätern gestorben ist.  
In Samsun wird der Arbeiter Mehmet Yildiz erschossen, als er als Unbeteiligter in einen Schußwechsel zweier rivalisierender politischer Gruppen gerät.  
In Diyarbakir wird der Student Süleyman Ören erschossen.  
In Izmir wird eine 28-jährige Frau erstochen aufgefunden.  
In Gaziantep wird Hani Saglam, die Frau eines Linksgerichteten, von Rechten erschossen, als sie ihr Baby stillt.  
In Istanbul wird der 25-jährige Ekrem Bahiç erstochen in einem Hotel aufgefunden.
30. Nov.: In Akhisar wird die Leiche des Halil Kiliç in einem Wald gefunden.  
In Kilis wird der vermutlich rechtsgerichtete Oberschüler Alaattin Güvenlier auf dem Weg nach Hause erschossen.  
In Diyarbakir wird der rechtsgerichtete Ramazan Parmaksiz von einem Gesinnungsgenossen während eines Streitgesprächs erschossen.  
In Istanbul wird Adil Onal von unbekanntem Tätern erstochen.
1. Dez.: In Ankara wird der städtische Angestellte Satilmis Coşkun von einem Unbekannten erschossen.
2. Dez.: In Istanbul wird der Journalist Cengiz Polathan zu Tode geprügelt.  
In Hilvan werden der 16-jährige Mustafa Hakkı Bayik und der 14-jährige Nihat Bayar, beide Verwandte des Bürgermeisters, von unbekanntem Tätern erschossen.  
In Bingöl wird der Polizist Saadettin Erkan im Dienst erschossen.  
In Gaziantep wird der Schuldirektor Dincer Saçlı von unbekanntem Tätern vor seinem Wohnsitz erschossen.
- In Elazığ wird der Arbeiter Kazim Yildiz von fünf Tätern erstochen.  
In Elazığ wird der linksgerichtete Hüseyin Karayilan von Grauen Wölfen erschossen.  
In Elazığ wird der linksgerichtete Zeki Yilmaz beim Einkaufen erschossen.  
In Adana überfallen Graue Wölfe mit Maschinenpistolen ein Studentenheim und töten den linksgerichteten Studenten Emin Şengül. In einem anderen Stadtteil wird der linksgerichtete Student Kemal Pehlivan bei einem anderen Überfall von Grauen Wölfen getötet.
- vor seinem Wohnsitz erschossen.  
In Elazığ wird der Arbeiter Kazim Yildiz von fünf Tätern erstochen.  
In Elazığ wird der linksgerichtete Hüseyin Karayilan von Grauen Wölfen erschossen.  
In Elazığ wird der linksgerichtete Zeki Yilmaz beim Einkaufen erschossen.  
In Adana überfallen Graue Wölfe mit Maschinenpistolen ein Studentenheim und töten den linksgerichteten Studenten Emin Şengül. In einem anderen Stadtteil wird der linksgerichtete Student Kemal Pehlivan bei einem anderen Überfall von Grauen Wölfen getötet.
3. Dez.: In Istanbul wird die Leiche eines unbekanntem Mannes gefunden.  
In Kayseri wird der 55-jährige Nachtwächter Mehmet Nigdelioglu erschossen.  
In Rize wird die Leiche des Osman Civelek am Flußufer gefunden.

4. Dez.: In Malatya wird der linksgerichtete Lehrer Ramazan Oran erschossen.  
In Istanbul brechen maskierte Täter in das Büro einer Organisation ein und töten Hayrettin Akgül.  
In Istanbul wird die Leiche des 21-jährigen Abdurrahman Güneş gefunden.  
In Elazığ werden während einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Polizei und Studenten die Studenten Murat Balkas und Mehmet Gökalp erschossen. Daraufhin beginnen die Grauen Wölfe eine Terrorkampagne in der Stadt: Sie überfallen Häuser und Büros von fortschrittlichen Personen und Organisationen und erschießen den 65-jährigen Zeynel Sengül, die Arbeiter Hüseyin Korucu, Tefrik Özdemir und Baki Akgün.
5. Dez.: In Izmir stirbt der Student Ramazan Akin an Verletzungen im Krankenhaus.
6. Dez.: In Izmir werden die Polizisten Mahmut Kiliç und Hüseyin Karataş bei der Überprüfung von zwei Verdächtigen erschossen.  
In Adana stirbt der Zeitungshändler Idris Çelik an Maschinengewehrverletzungen, die ihm Graue Wölfe zugefügt haben, im Krankenhaus.
7. Dez.: In Adana wird der linksgerichtete Student Nadir Ugurel von zwei Tätern erschossen.  
In Adana stirbt Mustafa Karacan an Verletzungen im Krankenhaus.  
In Elazığ wird der 45-jährige Ladenbesitzer Ali Bilir erschossen.
8. Dez.: Professor Necdet Bulut stirbt an den Verletzungen aus einem Überfall rechtsgerichteter Täter im Krankenhaus.  
In Ankara wird der 50-jährige Osman Soylu erstochen.  
In Adana wird Mahmut Beyazitoglu als Unbeteiligter während einer bewaffneten Auseinandersetzung zweier politischer Gruppen erschossen.  
In Mardin wird der pensionierte Beamte Ata Pehlivanoglu erschossen, als er in sein Auto steigen will.  
In Kayseri wird der Student Atilla Kaytanci nach Folterungen mit 18 Kugeleinschüssen aufgefunden.
10. Dez.: In Istanbul wird der linksgerichtete Student Hüseyin Öznur von zwei Tätern bei einem Ladenüberfall erschossen.

Die Grauen Wölfe setzen ihre Überfälle auf Büros der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) fort: am 18. November Überfall auf das Parteibüro in Kayseri, am 4. Dezember in Kartal und Istanbul, am 5. Dezember in Ankara.

#### DISK SETZT MITGLIEDSCHAFT VON VIER GEWERKSCHAFTEN AUS

ISTANBUL (ITA) - Auf den Aufruf des Verbandes Revolutionärer Gewerkschaften der Türkei (DISK) hin fanden sich zahlreiche fortschrittliche Organisationen zu einer Kampagne gegen das Vordringen des Faschismus in der Türkei zusammen. 33 demokratische Organisationen einigten sich auf eine gemeinsame Plattform für diese Kampagne.

Obwohl alle beteiligten Organisationen vereinbart hatten, die gleichen Parolen zu verwenden und die Abmachungen für einen gemeinsamen Kampf einzuhalten, warf der DISK-Vorstand vier Einzelgewerkschaften vor, abweichende Parolen einer gewissen politischen Richtung verwendet zu haben.

Wegen dieser Vorwürfe wurden die vier Gewerkschaften, die Metallarbeitergewerkschaft (Maden-İş), die Gewerkschaft der Bankangestellten (Bank-Sen), die Bauarbeitergewerkschaft (Bay-Sen) und die Bergarbeitergewerkschaft (Yeralti Maden-İş), vor den DISK-Disziplinarrat geladen. Ihre Mitgliedschaft wurde auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.

Bis auf die letztgenannte werden die betroffenen Gewerkschaften von einer politischen Fraktion geführt, die schon zuvor eine Spaltung der DISK bewirkt hatte; sie waren daraufhin aus dem Vorstand der DISK ausgeschlossen worden. Dennoch haben diese Kräfte ihre Aktivitäten fortgesetzt und damit einen einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse verhindert. (Vgl. BULLETIN January 1978, June 1978.)

Allerdings ist diese letzte Entscheidung der Aussetzung der Mitgliedschaft auch auf Kritik gestoßen. Sie schade gerade zur jetzigen Zeit der Bewegung, da die Einheit aller Kräfte von großer Bedeutung sei. Auch Kräfte mit teilweise irrigen Meinungen sollten nicht von der Plattform des gemeinsamen Kampfes ausgeschlossen werden.

Wir werden in einer der folgenden Ausgaben des Informationsbulletins auf die Auseinandersetzung in der DISK näher eingehen.



Die Gewerkschaften der Richter und Justizbediensteten haben eine Erklärung veröffentlicht, in der sie u.a. die oben bereits erwähnten Gesetzesvorlagen der Regierung bezüglich der Einschränkung der Vereinigungsfreiheit kritisieren. Sie stellen fest, daß diese Maßnahmen gegen den demokratischen Geist der Verfassung verstoßen und fundamentale Rechte und Freiheiten einschränken.

Dennoch scheint Premierminister Ecevit entschlossen zu sein, die geplanten Gesetze durchzusetzen, falls er in seiner Fraktion dafür eine Mehrheit gewinnt.

(C-M-DG-15/ 12)

Erhältlich über die

INFO - TÜRK AGENTUR:

Eine illustrierte Broschüre  
über politische Gewalt in der Türkei,  
48 Seiten.

M A S S A K E R I N A N K A R A -

B E R I C H T U N D H I N T E R G R U N D

herausgegeben in drei Sprachen:  
Englisch, Französisch, Deutsch.

- Attentat auf sieben Mitglieder der Arbeiterpartei der Türkei
- Dunkle Machenschaften der "Anti-Guerilla-Organisation"
- Die neofaschistische Partei MHP und ihre Grauen Wölfe
- Ein historischer Abriß der sozialistischen Bewegung in der Türkei
- Der demokratische Kampf der Arbeiterpartei der Türkei

Bestellungen für die englische und französische Ausgabe über:  
INFO-TÜRK AGENCY - Coodiff s.c. - 13/2, Square Wiser - Brussels

Bestellungen für die deutsche Ausgabe über:  
INFO-TÜRK Agentur - Postfach 10 06 30 - 4220 Dinslaken 1

Ebenfalls lieferbar:  
TURKEY AND THE WORLD TODAY, Rede von Behice Boran,  
der Vorsitzenden der Arbeiterpartei der Türkei.  
(nur in Englisch erhältlich)

Hiermit bestelle(n) ich/ wir die Broschüre

..... Exemplar(e) MASSAKER IN ANKARA -  
BERICHT UND HINTERGRUND

Deutsch                      Englisch                      Französisch

○                                      ○                                      ○

..... Exemplar(e) TURKEY AND THE WORLD TODAY

Name \_\_\_\_\_

Adress \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_